

Sehr geehrte Mitglieder der Landschaftsversammlung,

liebe Gäste und Gäst:innen

sehr geehrter Vorsitzender der Landschaftsversammlung,

können Sie in den letzten Monaten auch so schlecht schlafen wie ich? Wie wirken die Kriegsbilder aus der Ukraine, die zerstörten Häuser, Verletzten und Toten auf Sie, die wir täglich in den Nachrichten sehen oder sehen müssen? Wie haben sich die Gesprächsthemen verändert, was für Auswirkungen hat das auf unsere Enkelkinder? Haben Sie auch Angst davor, dass unsere Söhne und Töchter in den Krieg ziehen sollen? Der Krieg von Putin und seinen Oligarchen gegen die Ukraine ist ohne Wenn und Aber zu verurteilen...

Schon einige Jahre vorher – ich habe fast 10 Jahre in Berlin gearbeitet – ging ich während des Krieges in Syrien durch Berlin. Es war die Zeit der Luftangriffe der USA, Großbritanniens und Frankreichs. Ich habe mir vorgestellt, wie Berlin nach diesen Luftangriffen aussehen würde. Ich habe mir die zerstörten Häuser, weinende und verlorene Menschen vorgestellt – auch damals gab es Bilder und Berichte im Fernsehen über die zerstörten Häuser in Syrien, die Toten und verzweifelten Menschen.

Liebe Zuhörer:innen,

der Krieg in der Ukraine, die Folgen des Wirtschaftskrieges gegen Russland für unser Land, prägen auch unsere Haushaltsdebatte, lauern bei jedem Haushaltsposten im Hintergrund: 100 Milliarden für Rüstungsausgaben, ja weitaus mehr, sollen bezahlt werden – und wie immer ist die Frage – wer bezahlt die Rechnung?

Diese Aufrüstung, diesen Wirtschaftskrieg bezahlen die Menschen, die schon jetzt kaum über die Runden kommen: Über die Inflation, höhere Preise und Steuern und weniger Sozialleistungen, weniger Rente und Lohn. Auf der einen Seite gibt es immer mehr Menschen, die wegen höheren Mieten, Strom- und Gasrechnungen ihre Wohnungen nicht mehr bezahlen können, ins Elend gestürzt werden, obdachlos werden. Die Menschen sollen frieren für die Aufrüstung. Diese sozialen Folgen eines Wirtschaftskrieges haben amerikanische Denkfabriken schon vor Jahren beschrieben.

Auf der anderen Seite gibt es die Kriegs- und Krisengewinner. Es gibt Konzerne die im Krieg und auch vom Krieg profitieren, ihr Geschäft mit dem Tod machen. Und es gibt Konzerne, die in der Krise und mit der Krise Profit machen. Und die Ampel-Regierung hat keinen Mut, den Kriegs- und Krisengewinnlern die enormen Profite massiv zu besteuern oder gar wegzunehmen.

Meine Damen und Herren, die Zeche für diesen Krieg, bezahlen auch die Menschen mit Behinderungen in Russland, der Ukraine und auch hier in Deutschland. Und schon sind wir beim LWL, unserer Debatte über den Haushaltsentwurf 2023.....

Liebe Zuhörer:innen,

ich fang mal bei einem Krisengewinnler an: Das RWE erwartet für dieses Jahr einen Gewinn von sage und schreibe 5 - bis 5,5 Mrd. EURO – und der LWL kassiert mit....

Eigentlich müssten diese zusätzlichen Einnahmen an die Menschen gehen, die auf Grund ihrer hohen Stromrechnung Angst haben, ihre Wohnung zu verlieren...Oder noch besser: RWE muss endlich vergesellschaftet, enteignet werden. Das sieht ja unser Grundgesetz auch als Möglichkeit vor. Eigentlich wollten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im LWL doch alle RWE-Aktien verkaufen – wie sieht es heute damit aus?

Es ist doch ein Skandal, dass der RWE-Konzern es mit Hilfe der Landesregierung geschafft hat, dass Lützerath, Symbol des demokratischen Widerstandes und Symbol für die Klimaschutzbewegung geräumt werden soll. Windräder weichen dort den Baggern und der Braunkohleförderung. Wie sollen wir die Menschen von unserer Demokratie überzeugen, wenn sich mal wieder ein Konzern, das RWE, das Kapital sich gegen den berechtigten demokratischen Widerstand durchsetzt?

Liebe Zuhörer:innen

Demokratie und Partizipation, Teilhabe – was ist das uns wert? Die Mittel für das Programm „Partizipation und Demokratie fördern“ sind seit Jahren eingefroren. Obwohl antidemokratische Tendenzen zunehmen – so gibt es ja Reichsbürger:innen, Mitglieder der AFD, die den Bundestag stürmen wollten und eine Feindesliste erstellt haben....

Andere junge Menschen werden zur kriminellen Vereinigung abgestempelt, weil sie sich konsequent und drastisch für den Klimaschutz einsetzen. Sie machen jetzt die Erfahrung, dass unser Staat demokratisches Engagement bestraft – wie andere Klimaschützer bei Rheinbraun auch.....

Das LWL-Programm „Partizipation und Demokratie fördern“ ist also notwendiger denn je, die finanzielle Aufstockung und mehr Werbung unerlässlich. Unser Antrag zur Erhöhung der Mittel wurde immer wieder abgelehnt. Nur die SPD ist mittlerweile auch der Ansicht, dass unser Antrag sinnvoll ist, und hat ihm jetzt zugestimmt.

Liebe Zuhörer:innen

Die kommunale Familie steht seit Jahrzehnten finanziell mit dem Rücken an der Wand, freiwillige Leistungen werden gekürzt, Bibliotheken, Kultur in Frage gestellt, dringend notwendige Sozial- und Jugendarbeit nicht geleistet. Aber die Kommunalpolitiker:innen von SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN sind in ihren jeweiligen Koalitionen auf Bundes- und Landesebene gefangen und streiten sich deswegen besser innerhalb der kommunalen Familie – das ist bequemer.

Wir haben die Anregungen einiger unserer Mitgliedskommunen aufgegriffen und eine Resolution zur Übernahme der Eingliederungshilfe durch den Bund in die Landschaftsversammlung eingebracht. Einige Tage später zaubert die Verwaltungsspitze ein inhaltlich abgeschwächtes Plagiat aus dem Ärmel. Als das während unserer Fraktionssitzung in Allris eingestellt wurde, mussten wir lachen: Damit die anderen Fraktionen unserem Antrag nicht zustimmen müssen, ist die Verwaltung in die Bresche gesprungen....

Nun sind wir gespannt, ob die anderen Fraktionen wenigstens bereit sind, unserem Antrag nach Beratung über konkrete gemeinsame Maßnahmen mit den Mitgliedskommunen zuzustimmen. Wir wollen doch keinen zahnlosen Tiger in Form einer Resolution produzieren – oder doch?

Liebe Zuhörer:innen,

Ich weiß, Rituale wie die jährliche Debatte um Umlagesätze geben Sicherheit – aber nur der Kommunalpolitik und den Verwaltungsspitzen. Die Menschen, die im Gebiet des LWL wohnen, verlieren immer mehr, Stück für Stück, die soziale

Sicherheit, die Armut wächst. Und für einen Teil davon ist der LWL verantwortlich.

Herr Dr. Lunemann hat in seiner Ansprache angekündigt, daß Standards überprüft werden müssen und das tlw. mit mangelndem Personal begründet. Überprüfen heißt im Sprachschatz von vielen Politiker:innen und Verwaltungsspitzen kürzen, Leistungen einschränken. Manchmal oder vielleicht oft ist die tatsächliche Lage von Menschen, die Leistungen vom LWL beziehen anders, als sie seitens der Verwaltung dargestellt oder in den Ausschüssen diskutiert wird:

Die Demonstration vor dem Landeshaus von Menschen mit Behinderungen, ihren Angehörigen und Betreuer:innen zur Wohnsituation war dafür ein deutliches Zeichen: Das seit Jahren mangelhafte Wohnangebot vor Ort und die fehlenden Fachleistungsstunden wurden deutlich kritisiert – Themen, die wir immer wieder ansprechen. Seit Jahren stellen wir den Antrag, den Ansatz im Haushalt für die Fachleistungsstunden zu erhöhen. Es ist doch bekannt dass weniger Fachleistungsstunden bewilligt werden, als notwendig sind und auch bis zur Bewilligung Zeit vergeht. Das hängt natürlich damit zusammen, dass die Einrichtungen der Wohlfahrt abhängig vom LWL sind. Hier fordern wir die Wohlfahrtsverbände auf, mutiger zu sein und die Diskrepanz zwischen den notwendigen und den bewilligten Fachleistungsstunden deutlich aufzeigen....

Liebe Zuhörer:innen,

In Deutschland hat fast jede vierte Frau Schwierigkeiten, sich ausreichend mit Menstruationsprodukten einzudecken. Entweder wird dann auf billige, nicht gut geeignete Produkte ausgewichen oder es muss an anderen zur Grundversorgung gehörenden Produkten gespart werden.

Somit ist es auch ein Thema der Menschenwürde. Nicht nur in den Situationen, wo ein Tampon vergessen wurde oder die Periode früher eingetreten ist als gedacht, sondern auch aufgrund sozialer Verhältnisse und Ungleichheiten. Noch wichtiger in einer Zeit, die diese Ungleichheiten aufgrund von Produktkostensteigerungen verstärkt....

Politik hat Lösungen anzubieten – wir haben deswegen den Antrag gestellt, dass der LWL in all seinen Einrichtungen frei zugängliche und kostenlose Menstruationsartikel in den Frauentoiletten zur Verfügung stellt. Die Diskussion über unseren Antrag hat uns fassungslos zurückgelassen.

Zumindest die SPD, die die gleichen Anträge in Kommunen schon gestellt und durchgesetzt hatte, stimmte nach anfänglichen Schwierigkeiten nun zu. Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, dem Selbstverständnis nach eine feministische Partei – stimmt dagegen. Als wir letztes Jahr den gleichen Antrag nur für die Schulen des LWL gestellt hatten, wurde die Verantwortung den Schulleitungen zugeschoben – also offensichtlich den Betroffenen, die wir damit unterstützen wollten. Außerdem hatten wir den Verdacht, dass man Förderschülerinnen nicht einen selbstbestimmten Umgang mit Menstruationsartikeln zutraut – ein Vorurteil, das sich nicht entkräften lässt, wenn man es nicht versucht. Doch dieser Umgang mit unseren Vorschlägen ist für uns nichts Neues.

Ja – fassungslos sind wir oft. So auch bei unserem Antrag zur Inklusionspauschale. Seit Jahren macht unser Schwesterverband, der LVR, gute Erfahrungen mit der Inklusionspauschale. Sie ermöglicht erst vielen Schüler:innen mit Behinderung die Teilnahme am gemeinsamen Unterricht in der Regelschule. Aus den Mitteln der Inklusionspauschale werden konkret Rampen und Hilfsmittel von den Schulen angeschafft, die das Land oder die Kommune nicht finanziert. Und die Fraktionen im LVR haben dies seit Jahren immer wieder auf Grund der positiven Erfahrungen beschlossen. Im Schulausschuss des LWL wurde unser Antrag abgelehnt – anscheinend haben die anderen Fraktionen nicht vor, schulische Inklusion zu fördern oder tlw. überhaupt zu ermöglichen. Vielleicht sollten sie sich mal mit ihren Schwesterfraktionen im LVR austauschen.....

Liebe Zuhörer:innen,

Was lange währt wird manchmal gut.....so ging es uns mit unserem Antrag zur Unterstützung der Blinden- und Hörbibliothek. Nach etlichen Jahren wurde unser Antrag fast angenommen – nein, das geht ja nicht. So stellten CDU und Bündnis 90/ Die GRÜNEN einen Änderungsantrag mit einer einmaligen höheren Summe, damit er zuerst abgestimmt wird. Das hat uns trotzdem gefreut und wir können Ihnen versichern, die Kolleg:innen und die Nutzer:innen der Bibliothek haben sich sehr gefreut und sind erleichtert...

Liebe Zuhörer:innen,

Geflüchtete aus der Ukraine haben sofort Zugang zu Aufenthalt, Sozialleistungen, Sprachkurs und Arbeit – Geflüchtete aus Syrien, dem Irak oder dem Jemen nicht. Dies gilt auch für Geflüchtete mit Behinderungen. Die

Geflüchteten aus der Ukraine werden aus politischen Interessen bessergestellt, als Kriegsflüchtlinge aus anderen Ländern.

„In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“ Dieser Satz stammt von Egon Bahr, einem der bekanntesten Außenpolitiker der SPD.

Egon Bahr hätte auch sagen können: „Merken Sie sich das, egal was Ihnen die Ampel-Regierung von Bundeskanzler Scholz erzählt“.

Der Umgang mit Geflüchteten durch die Bundesregierung zeigt, daß dies die Wahrheit ist. Während mittlerweile mehr als 25.000 Geflüchtete im Mittelmeer ertrunken sind– tlw. durch Frontex nicht verhindert oder befördert – während unsere ehemaligen Verbündeten im Kampf gegen den IS, die Kurden, Erdogan geopfert werden, bekommt die Ukraine Waffen und humanitäre Hilfe ohne Ende...

Ich sage es nochmal deutlich: Wir sind gegen jeden imperialistischen Krieg und verurteilen den Krieg Russlands gegen die Ukraine. Wir sind aber auch gegen die Heuchelei, selber völkerrechtswidrige imperialistische Kriege zu unterstützen und andere zu verurteilen, weil sie einen völkerrechtswidrigen Krieg führen. Ich spreche von

- der völkerrechtswidrigen Militärintervention der NATO unter Beteiligung Deutschlands in Jugoslawien 1999 während des »Kosovokrieges«
- dem völkerrechtswidrigen Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak 2003 mit anschließender Besetzung des Staatsgebietes
- der umstrittenen internationalen Militärintervention beim Bürgerkrieg in Libyen 2011
- oder auch vom Krieg in Afghanistan

Viele Geflüchtete mit Behinderungen aus der Ukraine werden im Bereich des LWL versorgt – dies kostet einige 10 Millionen EURO. Und das ist richtig so, das ist humanitäre Hilfe, das sichert Menschenwürde. Aber die gleichen Standards stehen Geflüchteten aus anderen Ländern genauso zu – es darf keine Geflüchteten erster und zweiter Klasse geben, der Krieg in der Ukraine ist genauso fürchterlich wie der Krieg im Jemen oder in anderen Ländern.

Liebe Zuhörer:innen,

Jetzt schon kürzt die Bundesregierung im sozialen Bereich, um die Rüstungsausgaben zu finanzieren: So werden die Mittel für die Eingliederung von Erwerbslosen drastisch gekürzt – allein für den Kreis Recklinghausen sind das Millionen EURO!

Ein anderes Beispiel: Seit mehr als einem Jahr diskutieren wir im LWL über Gewaltschutzkonzepte und deren Umsetzung. Dabei war ein wichtiger Punkt, dass diese eingebettet werden müssen in ein Netz von barrierefreien Beratungsstellen, Frauenhäusern und z.B. EUTB's, um inklusiv wirksam zu sein. Und jetzt kommt der Skandal:

Das Bundesprogramm zum Ausbau von Frauenhäusern und Beratungsplätzen wird von 30 auf 20 Millionen EURO gekürzt– eine Kürzung um 30 Prozent genau in dem Programm, mit dem diese Angebote für Frauen mit Behinderung zugänglich gemacht werden sollen. Ein Skandal, ein Wortbruch und eine Kürzung, die viele Frauen im Bereich des LWL treffen werden – denn auch hier ist es um die Barrierefreiheit von Frauenhäusern und Beratungsstellen schlecht bestellt!

Liebe Zuhörer:innen,

ich möchte zusammenfassen:

- der Wirtschaftskrieg gegen Russland trifft unsere Bevölkerung und die Wirtschaft
- die Folge des Wirtschaftskrieges wird die Gefährdung unseres Sozialsystems, der Kommunalen Leistungen, der Leistungen des LWL sein
- die am wenigsten organisierten und am Meisten Betroffenen Menschen – Menschen mit Behinderung - werden in Zukunft die Zeche zahlen müssen, mit weniger Leistungen, weniger politischer, sozialer und kultureller Teilhabe bis zur sozialen Verelendung
- geplante Maßnahmen des Klimaschutzes werden zurückgenommen, der gemeinsame Antrag von SPD und FDP bzgl. des Eingangsbäudes in Detmold ist ein erstes Anzeichen dafür

- es wird offen über die Kürzungen von Leistungen für Menschen mit Behinderungen diskutiert, anstatt den Kampf für die Finanzierung dieser Teilhabe-Leistungen für die Bürger:innen mit Behinderungen in unseren Kommunen und Kreisen durch den Bund aufzunehmen – das zeigt der von den Fraktionen von CDU, FDP-FW, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und SPD vorgelegte Haushaltsbegleitbeschluss

Wir brauchen stattdessen:

- eine offensive Verteidigung der sozialen Leistungen des LWL und seiner Kommunen für unsere Bürgerinnen und Bürger.
- einen entsprechenden Umlagesatz des LWL, um diese Leistungen zu finanzieren und der auch eine Tariferhöhung einschließt, die die Inflation ausgleicht.
- eine gute Resolution zur Übernahme der Kosten der Eingliederungshilfe durch den Bund.
- konkrete gemeinsame Maßnahmen vom LWL und seinen Mitgliedskommunen, um Druck auf den Bund auszuüben, die Notwendigkeit und Ernsthaftigkeit unserer Forderungen klarzumachen.

In diesem Sinne: unterstützen Sie unseren Antrag zur Höhe des Umlagesatzes, damit eine ausreichende Finanzierung der Aufgaben des LWL gesichert ist und nehmen Sie den Druck von der kommunalen Familie, indem wir gemeinsam mit den Mitgliedskommunen die Finanzierung der Eingliederungshilfe durch den BUND durchsetzen.

Den jetzt vorliegenden Haushalt lehnen wir wegen der ungenügenden Finanzierung, der nicht abgedeckten Risiken und der dadurch zwangsläufig entstehenden Kürzungsmaßnahmen ab.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!